

Medienmitteilung zur Volksinitiative „Pro Service Public“

Bern, 5 Juni 2016

Ein Vertrauensbeweis für das Erfolgsmodell des Schweizer „Service public“

Das Schweizer Stimmvolk sagt Nein zur Initiative "Pro Service Public". Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) und der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) begrünnen diesen Entscheid und setzen sich auch weiterhin für eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Grundversorgung ein.

Die Volksinitiative "Pro Service Public" wurde mit einem deutlichen Mehr abgelehnt. Die SAB und der SGV begrünnen den Entscheid und sehen ihn als Vertrauensbeweis für das Erfolgsmodell des Schweizer „Service public“.

Die Grundversorgung in der Schweiz ist im Vergleich zum Ausland auf einem hohen Niveau und trägt wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit aller Regionen der Schweiz bei. Die trotz der Ablehnung hohe Zustimmung zur Initiative ist ein deutliches Zeichen, welchen Stellenwert die Grundversorgung in der Schweiz genießt. Um dieses Erfolgsmodell weiterzuführen, gilt es, Kritik aus der Bevölkerung ernst zu nehmen und die Grundversorgung qualitätsorientiert und zukunftsgerichtet weiterzuentwickeln.

Die bundesnahen Unternehmen investieren bereits heute viel in die Instandhaltung und den Ausbau ihrer Infrastrukturen. Eine gute Verkehrserschliessung, insbesondere mit dem öffentlichen Verkehr, und eine qualitativ hochstehende Versorgung mit Post- und Telekom-Dienstleistungen sind eine wichtige Voraussetzung für die Standortattraktivität und für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen in allen Regionen der Schweiz.

Die Grundversorgung stellt sicher, dass die verschiedenen Landesteile und Regionen eng miteinander verbunden sind. Die SAB und der SGV werden sich auch in Zukunft für eine flächendeckende und qualitativ hochstehende Grundversorgung einsetzen, die dem nationalen Zusammenhalt dient und die Basis für eine erfolgreiche Schweizer Volkswirtschaft darstellt.

Kontakt:

Reto Lindegger, Direktor SGV, 031 380 70 00 / 078 768 94 32

Thomas Egger, Direktor SAB, 031 382 10 10 / 079 429 12 55

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB und der Schweizerischen Gemeindeverband SGV leiten gemeinsam das Verbändekomitee gegen die Volksinitiative «Pro Service public». Dem Komitee gehören an: die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz VDK, die Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs KöV, die Regierungskonferenz der Gebirgskantone RKGK, die Hauptstadtregion Bern, Economiesuisse, der Schweizerische Bauernverband SBV, der Schweizer Tourismus-Verband STV, das Konsumentenforum kf, die asut, die Litra, der VöV und ProBahn sowie Travail.Suisse, transfair und der Schweizerische Städteverband. Der Bundesrat sowie das einstimmige eidgenössische Parlament und alle im Parlament vertretenen Parteien haben die Initiative ebenfalls zur Ablehnung empfohlen.

Weitere Informationen:

www.servicepublic.ch

<https://www.facebook.com/NeinzurVIProServicePublic>